

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
Transatlantisches Freihandelsabkommen**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als
dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, auf die EU-Kommission dahingehend Einfluss zu nehmen, dass

- das Europäische Parlament laufend über den Fortgang der Verhandlungen zwischen der EU und den USA zur Schaffung einer Freihandelszone TTIP informiert wird und Zugang zu allen Verhandlungstexten bekommt,
- arbeitsrechtliche Normen und gesetzliche Standards für Produktsicherheit sowie für den Verbraucher-, Gesundheits-, Umwelt- und Datenschutz auch im Falle eines Vertragsabschlusses auf europäischem Niveau beibehalten werden,
- das Investor-State Dispute Settlement dem Vertragsverletzungsverfahren der EU vergleichbare Regelungen bezüglich Investitionsschutz vorsieht.

Der Oö. Landtag spricht sich andernfalls ausdrücklich gegen den Abschluss des geplanten TTIP-Abkommens aus und sieht in diesem Fall die Notwendigkeit, den Blick verstärkt auch auf andere Wirtschaftsräume zu richten.

Begründung

Seit Juli 2013 verhandelt die EU-Kommission auf Grund eines vom EU-Parlament erteilten Verhandlungsmandats mit der US-Regierung über ein Investitions- und Freihandelsabkommen mit dem Ziel, die größte Freihandelszone der Welt zu schaffen: die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP.

So sehr die Erweiterung des europäischen Binnenmarktes mit Hilfe eines derartigen Abkommens im Sinne der exportorientierten oberösterreichischen Industrie und deren Arbeitsplätze zu begrüßen ist, bestehen dennoch Gefahren. So gibt es Bedenken, dass das in Europa geltende Vorsorgeprinzip untergraben werden könnte. Es verpflichtet Unternehmen nachzuweisen, dass ihre Produkte unschädlich sind. In den USA ist das in einzelnen Themenbereichen genau umgekehrt: Gentechnisch veränderte Pflanzen können so lange in Umlauf gebracht werden, bis der Nachweis von Risiken oder schädlichen Folgen gelingt. Deshalb besteht die Vermutung, dass unter anderem Tiergesundheits- und

Ernährungsstandards in Europa gesenkt werden müssten und gentechnisch veränderte Nahrungsbestandteile und von den europäischen Konsumentinnen und Konsumenten unerwünschte, industriell hergestellte Lebensmittel in den Handel Eingang finden. Zudem droht eine Angleichung von sozialen, arbeitsrechtlichen und ökologischen Standards in den verschiedensten Lebensbereichen. Hervorzuheben ist hierbei die Gefahr, dass Datenschutzstandards in Europa umgangen werden. Weiters muss sichergestellt bleiben, dass die Verhandlungen zum TTIP nicht auf Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgedehnt werden.

Derzeit wird vermutet, dass TTIP es Konzernen mit Hilfe des Investor-State Dispute Settlement ermöglicht, auch Staaten auf Schadenersatz in Folge gesetzlicher Änderungen zu klagen. Ursprünglich wurden derartige Schiedsgerichte als Notinstrument eingeführt, wenn in Ländern kein verlässliches Rechtssystem mit unabhängigen Gerichten zur Verfügung stand oder keine Gesetze zum Schutz gegen Enteignung in Kraft waren. Der vollständige Anwendungsbereich – beispielsweise auf zukünftige Gesetze oder Entscheidungen von Behörden im Rahmen von Zulassungsverfahren – ist kaum abschätzbar. So könnten beispielsweise gegen jedes einzelne in Österreich beschlossene nationale Gentechnik-Anbauverbot in Zukunft eine Klage vor diesem Schiedsgericht eingebracht werden.

Für die unterzeichnenden Abgeordneten ist klar, dass arbeitsrechtliche Normen und gesetzliche Standards für Produktsicherheit sowie für den Verbraucher-, den Gesundheits-, den Umwelt- und den Datenschutz nicht abgesenkt werden dürfen. Das Europäische Parlament sowie die europäische Öffentlichkeit müssen über den Fortgang der Verhandlungen über Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Schaffung der Freihandelszone TTIP laufend informiert werden und den Zugang zu allen Verhandlungstexten bekommen.

Linz, am 13. Mai 2014

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Buchmayr, Wageneder, Schwarz

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Peinsteiner, Hingsamer, Tausch, Csar, Priglinger, Astleitner, Schulz

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Makor, Baumgartner, Bauer, Müllner, Eidenberger, Krenn, Pilsner, Rippl